

2018/6/2: Das „Achilles-Syndrom“: Wie postheroische Gesellschaften ihre Streitkräfte zerstören

Das „Achilles-Syndrom“: Wie postheroische Gesellschaften ihre Streitkräfte zerstören

Stephan Maninger

Die andauernde öffentliche Kritik an den Streitkräften, ob bei Ausbildungs- und Traditionsinhalten oder im Einsatzgeschehen, zeugt seltener von berechtigten Einwänden gegen Missstände als von einer zunehmenden Ablehnung des Militärischen an sich. Dabei ist Krieg, zumindest in seiner traditionell physischen Form, ein gesellschaftlicher Zustand. Das Militär erfüllt darin die Rolle, unter dem Primat der Politik als ultimativer Ausdruck des politischen Willens einer Nation zu dienen und ihre Interessen notfalls mittels Gewalt durchzusetzen. Die Kampfleistung, die so genannte „militärische Beteiligungsrate“, beschränkt sich allerdings inzwischen auf immer weniger direkt Beteiligte. Dies liegt an einer Vielzahl von Faktoren, darunter die Technologisierung, die demographische Entwicklung oder die geographische Distanz zu den Einsatzgebieten. Dadurch schwindet das gesellschaftliche Bewusstsein zum Thema „Krieg“, während sich gleichzeitig die mentale und emotionale Distanz erhöht, sodass Entscheidungsträger immer seltener realistische Ziele und wirksame Einsatzrichtlinien definieren. Dies trägt, insbesondere bei Interventionen, zum militärischen Scheitern bei und erodiert somit das Vertrauen zwischen Soldaten und Politik. Dieses Phänomen ist nicht ganz neu, doch war es zunächst Jonathan Shay, der hier von einem „Achilles Syndrom“ sprach, wenn auch in einem psychologischen Kontext, der weit über den sicherheitspolitischen Fokus dieses Beitrags hinausgeht. Ein im heutigen politischen Kontext ignorierter Aspekt davon ist, dass Soldaten auch belastet werden können, wenn ihnen im Einsatz das Kämpfen verwehrt wird. Unrealistische Einsatzrahmenbedingungen können von Soldaten, so Shay, als „Verrat an dem, was richtig ist“ empfunden werden. Dies kann Folgen für die Moral im Einsatzgeschehen, bis hin zur Kampfverweigerung oder -vermeidung, nach sich ziehen. Moderne Gesellschaften stellen also die Notwendigkeit von militärischen Interventionen fest, entfernen sich gleichzeitig aber durch ihr politisches Klima mental immer weiter von den Notwendigkeiten für deren Durchführung. Der Beitrag beleuchtet die wachsende Distanz zwischen der Realität, der sich Soldaten im Einsatzgeschehen stellen müssen, und der Gesellschaft, der sie dienen. Streitkräfte sind nicht der Ort für soziale Experimente, zumindest ist der Preis dafür unnachgiebig hoch und wird in Menschenleben gezahlt. Die übertriebene politische Einmischung bei der personellen Zusammensetzung, den Ausbildungsinhalten und Einsatzrichtlinien hat Auswirkungen auf Standards, Truppenmoral, Disziplin, Verluste und Auftragsbefreiung. Manche Länder (wie etwa die USA) steuern dagegen und haben in der Vergangenheit gezeigt, dass sie sich auf zeitlose militärische Tugenden rückbesinnen können. Andere Länder pflegen hingegen ihre antimilitärische Grundeinstellung und verkennen oder akzeptieren die negative Wirkung auf die Einsatzbereitschaft. Über welche Fähigkeiten Streitkräfte in einem postwestlichen Zeitalter komplexer Sicherheitsbedrohungen verfügen müssen, orientiert sich nicht an den politischen bzw. ideologischen Präferenzen der Entscheidungsträger oder den pazifistischen Vorstellungen der Zivilgesellschaft. Entscheidend sind vielmehr Lage, Auftrag und Gegner. Wer seine Streitkräfte dennoch zum Spielball von Sozialingenieuren und fachfremden Vorstellungen macht, der riskiert das „Achilles-Syndrom“ und setzt ihre Einsatzbereitschaft aufs Spiel.

